

Saale-Beitung.

Dreißigster Jahrgang.

Anzeigen werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pf. berechnet und in der Expedition, von unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Bekanntheit der Zeile zu 2 Pf. Erhöht sich nachfolgend: Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich. [Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Bezugspreis
An Halle vierteljährlich 2,50 M., bei postamtlicher Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Postgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.
Nr. 2882 des amtl. Zeit.-Verz.
Halle die Redaktion verantwortlich; Hans Paulus in Halle.
[Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc. täglich-Pr. 176.]

Nr. 216.

Halle a. d. Saale, Freitag den 8. Mai.

1896.

Deutsches Reich.

Sol. und Personalordr. etc.

Der Kaiser hat zum 16. d. wieder seinen Besuch der Gewerbeausstellung ansetzen lassen.

Sitzung des Bundesraths.

*** Berlin, 7. Mai.** Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung dem Entwurfe eines Gesetzes, enthaltend Änderungen des Gesetzes betreffend die Friedenspräsenzen (siehe Materialie), die Zustimmung erteilt. Der Antrag (siehe Materialie), betr. das Verfahren bei Verletzung der in der Organisation der Maßfeuer-Verwaltungsstellen anzunehmenden Gehaltsbeschränkungsmaßstäbe und die Vorlage, betr. den Entwurf von Bestimmungen über den Vollzug von Freiheitsstrafen, wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Außerdem wurde über Eingaben Weisung gefaßt.

Einwas nach Rastenburg.

Die parlamentarische Session ist noch nicht zu Ende; im Reichstage scheint sie dieses Mal bis in den Juli ausgedehnt zu werden, um das Bürgerliche Gesetzbuch zur Erledigung zu bringen; aber im großen und ganzen kann man die Ergebnisse der diesmöglichen Tagungen in Preußen und im Reiche so ziemlich übersehen. Am unergründlichsten ist dieses mal die prähistorische Landtagung, welche, obgleich — oder weil? — dort die sog. laaferhaltenden Parteien ein ganz unaufrichtiges Lebensgeheimnis haben. Die wichtigste Aufgabe der Session — das Vertheilungsgesetz — ist, nachdem das Abgeordnetenhaus drei Monate auf die Vereinbarung desselben verwendet hat, in zweimal 24 Stunden im Herrenhause in würdevollster Weise geendet. Auf den Körper, den Minister Miquel den Agrariern hingeworfen hatte, um ihr Widerstreben gegen die Berücksichtigung der dringlichsten Interessen des Vertheilungsgesetzes zu bezeugen, die „Verabnung“ der großen Städte, der „Wahlkörpers“, wie am Mittwoch im Abgeordnetenhaus ein Agrarier sich ausdrückte, haben die hohen Herren in dem anderen Hause nicht angefallen. Die Lehrer können ja warten. Nicht anders erging es dem Handelsamtergesetz. Die Ständeororganisation der Landwirtschaft in den Landwirtschaftsvereinen ist den Agrariern natürlich erwünscht, weil sie davon eine Festigung ihres Einflusses auf die Regierung erwarten, aber dem Handel und der Industrie wollen sie eine gleiche Macht nicht einräumen. Was aus der Regelung der Richterbesoldung wird, ist noch nicht aufzudecken. Für die Konventionen liegt hier der Körper in dem Affärenparagrafen. Für Korollis haben die Agrarier natürlich wie ein Mann gestimmt und die Erhöhung des Grundkapitals der Centralbank für genossenschaftlichen Personalcredit von 5 auf 20 Mill. M. entspricht ganz ihren Wünschen. Das Auerberggesetz für Renten- und Anstaltswahlgesetz — das einzige, welches das Herrenhaus erledigt hat — wird im Abgeordnetenhaus nicht fertig. Für die Agrarier hat diese Vorlage nur eine grundsätzliche oder symbolische Bedeutung. Wie man sieht, giebt im preussischen Landtage der agrarische Gedanke den Ausschlag. Am schroffsten tritt dieser Grundzug bei der Erhebung im Reichstage in den Vordergrund. Was hier zustande kommt, dient ausschließlich zwei Zwecken: einmal der Unterbindung der freien gewerblichen Thätigkeit durch das Gesetz gegen den sog. unaufrichtigen Wettbewerb, die Gewerbenovelle, der Unterbindung der Margarinefabrikation, der Einschränkung der Konjunktur und der Maßregelung der Wässer, die in dem Verbot des Terminhandels in Getreide und Mühlenfabrikaten gipfelt und zweitens der Subventionierung des Zuckerindustries auf Kosten der Konjunktur. Ueber das Zuckererzeugnis sind allerdings die Wünsche noch nicht gefaßt, aber die Ausschüsse sind nicht unglücklich. Die Regierung sieht zwar grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Interessen der Allgemeinheit Berücksichtigung verdienen und daß sie berufen ist, eine Begünstigung des einen Gewerbestandes auf Kosten der anderen zu verhindern; aber in der Praxis herrschen die Agrarier unbeschränkt. Gesetz, die ihren Interessen nicht dienen, wahren in den Papierkorb. Und deshalb fürchten wir sehr, daß, wenn die Agrarier erst ihren Profit eingeholt haben, das Bürgerliche Gesetzbuch und die Novelle zur Gerichtsverfassung und zur Strafrechtsreform — Einführung der Berufung und Entschädigung unschuldig Verurtheilter — noch lange warten können. Dafür wird man vorläufig keine Zeit haben.

Die Vorbereitungen der Reichstagesession.

Berlin, 7. Mai. Der Senatorenentwurf des Reichstages trat heute, wie schon kurz gemeldet, vor der Plenarsitzung zusammen, um die Geschäftsliste zu besprechen. Die letzten Beschlüsse des Senatorenentwurfes haben sich, wie der Präsident Fröb. v. Nolm mittheilte, als unbeschreiblich erwiesen, da die Regierung keine Neigung zeige, den Reichstag zu vertragen, vielmehr der Ansicht sei, daß der Reichstag sehr wohl noch in der gegenwärtigen Lage das Bürgerliche Gesetzbuch fertigstellen könne. Demgegenüber sprachen sich die Vertreter der Parteien einmüthig dahin aus, daß dies unmöglich und der Vorlage gleich unbillig sei. Andererseits war man der Ansicht, daß es notwendig sei, nach den Pfingstferien zu etwa dreiwöchiger Arbeit noch zusammenzutreten. Es sollen alle bisher vorliegenden Arbeiten, einschließlich der Anstaltsnovelle und der noch zu erwartenden Vorlagen über Umformung der vierten Division und über die Schutztruppe, jedoch ausschließlich des Bürgerlichen Gesetzbuches, fertiggestellt werden. Am Freitag dieser Woche ist Schlußtermin. Am Sonnabend fällt die Sitzung aus. Die drei ersten Tage nächster Woche sind für

die zweite Lesung der Zuckersteuervorlage vorgesehen worden. Daran schließt sich die dritte Lesung der Gewerbeordnungsnovelle an. In der Pfingstwoche wird die dritte Lesung des Vertheilungsgesetzes erledigt werden. Man hofft, daß der Reichstag am Dienstag, den 19. d., in die Ferien gehen kann. Am 1. oder 2. Juni würde er wieder die Arbeiten aufnehmen, und zwar voraussichtlich mit der dritten Lesung der Zuckersteuervorlage. Die Verhandlung des Reichstages dürfte um den 20. Juni herum erfolgen. Bis dahin hofft die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch die zweite Lesung zu beenden, so daß die zweite Lesung im Plenum sofort nach Wiederzusammentritt des Reichstages im Herbst beginnen kann. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die veränderten Regierungen diesem Arbeitsplan zustimmen werden.

Vertheilte Mittheilungen.

* Der Staatssekretär des Reichsanwaltes Hofmann macht bekannt, daß die Firma H. Schöda in Erlangen am 18. August 1895 (siehe Materialie) der Landesbank in Erlangen 5000 M. zur Verfügung gestellt hat. * Die vom Gouvernement in Ostafrika angelegte landwirtschaftliche Versuchsanstalt in Ostafrika ist wieder aufgehoben worden, weil das dortige Klima sich als unangünstig erwies. Es besteht nunmehr die Absicht, diese Versuchsanstalt näher an der Küste zu begründen. * Herr Söderer ist aus dem Vorstande des evangelischen Sozialen Kongresses ausgetreten. Ueber die Gründe, die ihn dazu veranlaßten, erzählt der „Tagl. Rundschau“, daß von ihm beantragt wurde, der „Tagl. Rundschau“ die Hälfte der Beiträge abzugeben, er möge freiwillig auf das Vicepräsidentium des Kongresses verzichten, um dadurch die volle Unabhängigkeit des Kongresses klar zu erwiesen. Diese Bitte hat, wie das genannte Blatt meldet, Herr Söderer mit seiner Austrittserklärung aus dem Vorstande beantwortet zu müssen gelehrt.

* In Gnesen ist die Verwallung der ersten Bürgermehrfachwahl am 2. Stelle des am Tage suspendierten Bürgermeisters des Reichsanwaltes Hofmann durch den Herr Dr. von Wolzgieger angeht, auf Grund der Stimmen einstimmig ausgeschlossen worden. Die Ausschließung erfolgte aus dem Grunde, weil Herr Dr. v. Wolzgieger in der bekannten Berliner Wahlen-Verwallung, die am 8. März im Bürgermehrfachwahl stattfand, eine folgendes sagte: „Die Wahlen sind nicht demokratisch, sondern aristokratisch.“ Die Wahlen müssen sich zum mindesten als demokratisch erweisen, und die Wahlresultate der Sozialdemokratie zum Vorschein kommen.

Marineangelegenheiten. Laut telegraphischer Meldung aus dem Oberkommando der Marine hat S. M. S. „Svane“ Kommandant Kapitänleutnant Deibel, am 6. d. von Kamerun aus eine Erholungsreise angetreten.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Ueber einen Mißfall in dem Anbel der Millenniumsfestlichkeit berichtet die „Fr. Ztg.“ folgendermaßen:

Ein offizielles Communiqué meldet, daß die Gattin des Erzherzogs Ferdinand, die Kaiserin, bei der Hofkapelle fernbliebe. Hinter dieser Festeit verbirgt sich ein abscheuliches Kapitel einer Mißhandlung. Die infame Hebe der klerikalen Aristokratie gegen die bürgerliche, protestantische Baronin Vanffy hat bewirkt, daß Baron Vanffy niedergelagt wurde, ohne seine Gattin auf der Erde zu erfinden. Die Gattin ist ein offenes Communiqué, daß Vanffy dem Mißfall unterworfen wurde und nur mit Mühe auf das Millenniumsfest blieb, nachdem ihm angeordnet war, daß der König seine Gattin öffentlich auszeichnen werde.

Niederländisch-Indien.

Ueber die Lage in Atsch läßt sich die „Kön. Ztg.“ unter dem 5. Mai am Samstag berichten:

Die vorgezogenen und heute als Atsch eingelaufenen Drahberichte gestatten einen tieferen Blick in die unendlichen Schwierigkeiten der militärischen Operationen. Vorgezogen wurde gemeldet, daß Kamjat verbrannt und Senelap geschleift worden sei, wobei die Verluste zwei Tode und zwölf Verwundete betragen. Man wird man sich erinnern, daß ein Drahbericht vom 17. April gemeldet hat, daß zwei Kolonnen, die eine unter dem Oberlieutenant Vanden, die zweite unter dem Oberlieutenant van Deub, ausgesandt seien: erstere sollte Aufregung und Lambarth am linken, letztere Senelap und Kamjat am rechten Ufer des Atschflusses eintreten und schließen. Die erstere Kolonne hat ihren Zweck alsbald erreicht, wiewohl die Verluste dabei auch nicht gering waren (siehe Zede), hinsichtlich Verwundung, das von Vanden geführte Geschwader ging aber hervor, daß Oberlieutenant Vanden die nötigen Kämpfe zu bestehen hatte, und ein Regierungstelegramm vom 20. April befragte dies auch mit der Bemerkung, daß der Widerstand der Atscher auf dem rechten Ufer des Atschflusses außer Acht gelassen sei, da außer zwei Offizieren sechs Mann fielen und verwundet wurden. Die in diesem Regierungstelegramm gemachte Bemerkung, daß von Vanden geführte Geschwader geflohen seien, läßt auf ungeheure Minderungen schließen, die von den Truppen gefordert worden sind. Es giebt damals zugleich, daß Senelap nach beständig Kampf genommen worden sei, wobei zwei Feldmänner verloren, aber wieder genommen wurden, während ein Geschwader wegen des schwierigen Geländes, allerdings ohne Verwundung, zurückgezogen werden mußte. Wenn man diesen wieder gemeldet wurde, daß Senelap und Kamjat verbrannt und geschleift seien, so geht daraus hervor, daß bei dem ersten Aufbruch wegen des besten Widerstandes die Bemerkung nicht mit der nötigen Gründlichkeit und voll-

ständig vertheilt werden konnte, und daß dazu ein nochmaliger Angriff nötig war. Es mag übrigens bemerkt werden, daß der gestern vom Kolonialminister empfangene Drahbericht nur meldet, daß „eine Expedition nach Senelap und Kamjat stattgefunden habe wobei es einen Tode und zwölf Verwundete abgabte“, während der heutige „Zede“ die minder tröstliche Meldung brachte, daß Oberlieutenant van Deub, ohne bekannt zu werden, geflohen zu haben, wieder zurückgeführt sei, was ebenfalls im Widerspruch mit dem am Sonntag eingelaufenen Bericht stehen würde. In dessen meldet das „Nieuws van den Dag“ heute morgen aus Batavia, daß drei Batavische nach Srangaili (nordöstlich von Kota Labih) marschirt und von einem feindlichen, feindlichen Atsch geflohen seien, wobei ein Unteroffizier getödtet und zwölf Soldaten verwundet worden seien. Es ist bemerkenswert, daß im Augenblick der Schwerpunkt der Operationen in Atsch Richtung liegt, obgleich der Haupttheater des Widerstandes, wo die Entdeckungsbewegung auch fallen muß, im Südwesten in den sechs Meilen liegt, wo Tatu Umar in Lam Ujung eine besetzte Stellung hat; wahrscheinlich will Vetter zuerst in der ersten Richtung geschickt zu sein, ehe die Hauptbewegung am linken beginnt. Daß aber diese schließlich mehr lange auf sich warten lassen dürfte, geht daraus hervor, daß dem Kolonialminister der Bericht eingegangen ist, daß die von Vetter verlangten Expeditionen, zwei Divisionen, eine halbe Schwabron Reiterei, Artillerie und Genesoldaten, in Atsch bereits eingetroffen sind.

Kreta.

Die Nachrichten aus Kreta lauten nach der „Wost. Ztg.“ immer bedrohlicher. Nach den Wünschen der Epistopi und Sella ist es abermals zu Verhandlungen über den Frieden gekommen, indem drei unaufrichtige Epistopi und Sella bei Ghorbali abgeschickt, ein Genarm verhandelt wurden. Der ersten Tagung besah die griechische Regierung dem Generalconsul in Kreta, als Mittel aufzubieten, das Reformkomitee zu überreden, sich aufzulösen, da gegenwärtig Verhandlungen mit der Pforte wegen Wiederherstellung der kretensischen Privilegien gepflogen werden, wobei die Thätigkeit des Komitees störend wirkt. Der Generalconsul schickte darauf eine Abordnung zum Komitee ins Schafengebirge. Das Komitee weigerte sich jedoch anseinerüberzugehen, vertrat aber sich aufzulösen, sobald die Pforte die kretensische Kammer einberiefe und ihr die Wiederherstellung der Privilegien mittheilte. Diese Einberufung war übrigens von der Pforte längst für den 8. Mai verprochen, jetzt ist sie jedoch auf den Herbst verschoben worden. Im Atsch verheißt man sich nicht die Verfolgung wegen der Folgen dieser unaufrichtigen und unflügen Politik der Pforte. Es wird immer klarer, daß ohne einen gewaltigen Zwang die Pforte den Kretensern nicht gerecht werden wird.

Brennlicher Landtag.

Abgeordnetenhaus.

65. Sitzung vom 7. Mai, 11 Uhr.
Am Ministerliche: Fröb. v. Hammerstein u. a.
Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung des Berichtes der Rechnungscommission betreffend die Uebersicht der Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres vom 1. April 1894/95.

Die Rechnungscommission beantragt, die in dem genannten Jahre vorgekommenen Einnahmeveränderungen in Höhe von 22,668,268 M. und die noch nicht gerechneten außerordentlichen Ausgaben von 112,065,282,90 M., im ganzen also eine Summe von 144,737,519,18 M., nachträglich zu genehmigen, und außerdem es gut zu heißen, daß 405,637,27 M., welche bei Errichtung einer neuen fiskalischen Basisplanlage in Berlin verwendet geblieben sind, zur Verbesserung der Dorer mit Bezug verwendet werden.

Die Pforte (siehe Nr. 18), fast unbeschreiblich bemerkt, diese großen Einnahmeveränderungen müßten den dringenden Wunsch nach der endlichen Einbringung eines Kompromissgesetzes nahe legen, damit endlich einmal geordnete Verhältnisse eintreten.

Darauf nimmt das Haus die Kommissionsanträge an.

Am dritten Lesung wird dann die Gesetzentwurf eines Gesetzes über die Erhebung des Grundkapitals der Centralgenossenschaftskasse von 5 auf 20 Millionen Mark ohne Debatte angenommen.

Es folgt die zweite Verlesung des Gesetzentwurfes betreffend Abänderung des Gesetzes über gemeinschaftliche Vollzungen vom 14. März 1881.

Die Kommission schlägt zu dem Gesetzentwurf eine Resolution vor, wonach die Erwartung ausgesprochen wird, daß den mit der Aussicht über die gemeinschaftlichen Vollzungen, oder mit der Betriebsverwaltung derselben betrauten Beamten, insbesondere in den weltlichen Landesstellen, erneut zur Müdigkeit gemacht werde, den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Waldgenossenschaft Rechnung zu tragen, namentlich in Ansehung des Bezuges von landwirtschaftlichen Nebenprodukten, wiewohl die Waldgenossenschaft ein erhebliches Interesse an demselben hat.

Abg. Dörsch (Str.) bezieht sich auf den Gesetzentwurf.

Minister Fröb. v. Hammerstein spricht sich gegen den Entwurf und die Resolution aus. Die Uebertragung der Bestimmungen für den Atsch auf den Westen ist ebenfalls, auch liegt ein Bedürfnis zu diesem Vorgehen nicht vor.

Die Abg. Schreiber (Str.), Dr. Hartfelder (Centr.), v. Pappe (Str.) werden sich für den Gesetzentwurf aus. Minister Fröb. v. Hammerstein ist der Ansicht, daß die Agitation gegen die jetzigen Verhältnisse eine künstlich gemachte sei.

Abg. Nrebel (Ntl.) weist diese Anschauung zurück. Die national-liberale Partei werde für den Kommissionsantrag stimmen. (Beif.)

Abg. Dörsch betont, daß es sich hier um Privatwohnungen handle, die im Interesse besserer Vertheilung ungenutzt bleiben, und da es notwendig, die Kommissionsbeschlüsse anzunehmen. Es lagen erhebliche Beweise vor, denen abgesehen werden müßte. Es liegt kein Grund vor, hier anderweitige Vertheilungen auszubringen.

Abg. v. Hammerstein erklärt dem Minister gegenüber, daß man bezüglich aus wirtschaftlichen Gründen in den Vorschlägen der Kommission gefolgt sei; es liege unangebracht, denselben, die diese Veränderung wünschten, andere Motive unterzujubeln.

Personal-Veränderungen in der Armee. ...

Patente. ...

Frankenhausen, 7. Mai. [Technikum. ...]

Industrie. 7. Mai. ...

Cera, 6. Mai. ...

Bemerktes.

Die Auslieferung ...

Schmücker. ...

Mord. ...

Vom Hochzeitsmahl ...

Landesgerichts-Präsidenten ...

Der "Salzbergkönig". ...

Schmalgüter. ...

Kirchenbesuch und ...

Recht. ...

Anknüpfung. ...

Wortwirth. ...

Motivwirth. ...

Mitragin. ...

Das Rechte auf dem ...

die in den eigenhändigen ...

Meteorologische Station zu Halle. Table with columns for station, wind, and temperature.

Bericht des Berliner Wetterbureaus vom 7. Mai.

Table with columns for stations, wind, and temperature.

Waaren- und Produktenberichte. Chemische Produkte.

London, 7. Mai. ...

Größtes Special-Etablissement für Damenputz und Weisswaren. Garnte Damenhüte, Pariser Modellhüte, Wiener Reishüte, Knaben-, Mädchen-, u. Baby-Hüte. Verkauft zu festen, anerkannt niedrigsten Preisen.

